



Die „Aktionskonferenz der Friedensbewegung“ Anfang Februar in Bonn hat für den 11. Oktober '86 zu einer zentralen Großdemonstration am Cruise-Missiles-Stationierungsort Hasselbach im Hunsrück aufgerufen. Damit wird erstmals die zentrale Großaktion der Friedensbewegung an einem Stationierungsort stattfinden - eine Aktionsorientierung, die von unabhängigen Friedensgruppen schon seit Jahren vertreten und gefordert wird. Wie es zu diesem Beschluß kam und wie die Hunsrücker damit umgehen schildert der folgende Bericht.

Die Vorgeschichte

Während des „Großen Ratschlags“ der Friedensbewegung im Juni '85 hatte sich herausgestellt, daß die Bedingungen für einen neuen gemeinsamen Aktionsschritt nach der selbstverordneten „Zwangspause“ nicht gegeben waren. Aus der Not eine Tugend machend, sah die Abschlußresolution lediglich eine dezentrale Aktionswoche im November vor. Auf der Basis der fünf Forderungen: Stopp und Abbau der Mittelstreckenraketen, Stopp der Weltraummilitarisierung, Senkung des Rüstungsetats - vor allem zur Verhinderung der konventionellen Kriegsführungsoptionen -, gegen gesellschaftliche Militarisierung sowie Rüstung und Rüstungsexport, wurde der inhaltliche Minimalkonsens präzisiert.

Obwohl damals bereits erkennbar interessiert, unterließ es das KOFAZ/DKP - Spektrum auf der Konferenz offensiv für eine neue Schwerpunktsetzung gegen die SDI-Pläne der USA zu werben. Nach der Sommerpause hingegen forcierte man über die Bündniszusammenhänge - am Koordinationsausschuß (KA) vorbei - um so heftiger die Anti-SDI-Kampagne. Willkommen Aufhänger war ein von Naturwissenschaftler formulierter Appell, der selbst von Johannes Rau unterzeichnet werden konnte: Orientierung auf Rüstungskontrolle, kein Wort über die europäische Weltraumrüstung und Verzicht auf Nennung der sonstigen Forderungen.

In Verbindung mit der einsetzenden öffentlichen Kontroverse über die Unterzeichnung eines „Rahmenabkommens“ durch die Bundesregierung, löste der Appell in weiten Kreisen der Friedensbewegung neue Euphorie aus. Ohne Rücksicht auf die verhältnismäßig geringe Bedeutung einer bundesdeutschen Beteiligung an SDI, wurden

regionale Bündnisse und selbst der „Krefelder Appell“ auf die neue Linie getrimmt. Möglich war dies vor allem, weil viele Friedensinitiativen „zusammengeschmolzen“ waren, sich gar aufgelöst hatten, oder mit anderen Dingen beschäftigt, kaum mehr Interesse hatten Linienstreits auszufeuchten; ein Nebeneinander erspart Reibungsverluste...

Aber spätestens im Zuge der Auseinandersetzung in der „Bülow-Kommission“ wurde vielen Friedensfreunden, die die SPD nach dem Essener Parteitag 1984 als eine vom friedenspolitischen Saulus zum Paulus gewandelte Partei wähten, deutlich, daß sie die Rechnung ohne die Staatsräson gemacht hatten. War das von v. Bülow verfaßte Papier - angelegt an die Meßlatte der Friedensbewegung - schon kärglich genug ausgefallen, so zeichnete sich nun deutlich ab, daß selbst dies dem innerparteilichen Hang zur NATO und den Rechten zum Opfer fallen mußte.

Wer seine Hoffnungen auf Veränderungen in der SPD setzt, mußte die vom KOFAZ-Spektrum inszenierte Anti-SDI-Kampagne als Provokation begreifen, wies sie doch gerade jene als hervorragende Bündnispartner aus, die den Rückwärtsgang schon eingelegt hatten.

Andererseits wurde nach der Novemberaktionswoche deutlich, daß nur ein Drittel der Veranstaltungen die Weltraumrüstung zum Thema hatten. Die Mehrzahl der über 5000 Veranstaltungen behandelte ein vielfältiges Themenspektrum. Themen wie Südafrika/Nicaragua/3. Welt, Zivilschutz/zivile Kriegsvorbereitung, „Alternativverteidigung“/Militärstrategien/Konventionelle Aufrüstung/Antikommunismus etc. zeigten an, womit sich die meisten Gruppen während der „Zwangspause“ beschäftigt hatten. Diese noch vorhandenen „Kerne“ der Friedensbewegung (v.a. auch die christ-

Friedens bewegung in den Hunsrück!

lichen Gruppen) waren keineswegs auf die SDI-Kampagne festgelegt, sondern standen für die Erkenntnis, daß sich die Probleme der Friedensbewegung keineswegs auf ein Waffensystem reduzieren lassen.

Händel im Koordinationsausschuß

Während die SDI-Kampagne noch auf vollen Touren lief, begann schon der Streit im Bonner Koordinationsausschuß. Bereits vor der Aktionswoche verlangten die unabhängigen Gruppen eine sofortige Diskussion über gemeinsame Handlungsmöglichkeiten, um der schleichenden Vereinnahmung durch die Kampagne Einhalt zu gebieten.

„Flammende“ Auseinandersetzungen über „die Schlüsselrolle der Weltraumrüstung“ einerseits und die „Notwendigkeit den Aufrüstungskurs insgesamt beim Namen zu nennen und einseitige Schritte in der BRD einzuklagen“ andererseits, konnten nur notdürftig überdecken, worum es bei der

Kontroverse über den Aktionsort ging mit welcher politischen Stoßrichtung sollte die Friedensbewegung im Wahlkampfsjahr 1986/87 mobilisieren? Der vom KOFAZ-Spektrum gewünschte Ort „Bonn“ implizierte letztlich die Möglichkeit die begonnene Anti-SDI-Kampagne ungestört weiterlaufen zu lassen. Dies würde bedeuten den Widerspruch zwischen der CDU-geführten Regierung und der Opposition H.D.Genscher anzusiedeln, was auf eine direkte Wahlkampfunterstützung für die SPD unter J.Rau hinausgelaufen wäre. Die Entscheidung „für den Hunsrück“ samt anvisierter Aktionen des zivilen Ungehorsams erwuchs schließlich aus dem Umstand, daß alle anderen im KA vertretenen Strömungen - v.a. die Christen, linke Sozialdemokraten und Unabhängige, nicht gewillt waren auf ein eigenständiges, von der offiziellen Sozialdemokratie eindeutig unabhängiges Profil zu verzichten.

Beschlüsse der Aktionskonferenz

Das Klima auf der Konferenz gestaltete sich produktiv. Neben einer Reihe von Solidaritätsresolutionen zum Volksentscheid, Paragraph 116, zu Südafrika, der Anti-Nato-Bewegung in Spanien, etc. wurde die Demonstration im Hunsrück (am 11.10.86) schließlich bei wenigen Enthaltungen beschlossen. Ergänzt wurde die zentrale Großaktion um eine Kampagne, in der mit „Friedensbausteinen“ Ostermärschen und Aktionstagen zur Hunsrück-Mobilisierung und Präsenz der Friedensbewegung im Wahlkampf beigetragen werden soll; das alles auf der Basis der fünf Kölner Forderungen.

Ein weiteres erfreuliches Kapitel stellte die Behandlung des Gorbatschow-Plans zur atomaren Abrüstung dar. Wolfgang Biermann von der sozialdemokratischen IFIAS erkannte in seinem Referat den Wert des Vorschlags u.a. darin, daß er die US-Administration vorübergehend in ideologische Schwierigkeiten bei der Begründung der SDI-Rüstung und der Strategie in den Genfer Verhandlungen brächte: „Die US-Administration wird Wochen brauchen um Argumentationen zusammen zusehen, die eine Ablehnung des Vorschlags rechtfertigen.“ In einigen Punkten des Vorschlags sah er aber auch ein Abrücken von der alten „Gleichgewichtsdoktrin“, so in der Bereitschaft im europäischen Bereich die SS 20 zur Disposition zu stellen, ohne die französischen und britischen Mittelstreckenraketen anzurechnen. Allerdings war die Beurteilung des sowjetischen Angebots als einseitige Abrüstungsbereitschaft (Reagansche Nulllösung) umstritten. Verabschiedet wurde schließlich eine Resolution, die entgegen den optimistischen Tönen die „positive Vision aus Moskau“, von der BRD einseitige Abrüstungsmaßnahmen als Antwort verlangt. Diese Wegorientierung vom „Geist von Genf“ wurde durch folgenden realitätstüchtigen Satz unterstrichen:

Die Friedensbewegung macht sich keine Illusionen darüber, ob diese Vorschläge unmittelbar zu einer Abkehr vom Wettüsten zwischen Ost und West führen. Trotz verbaler Begrüßung halten insbesondere Bundesre-

gierung und US-Regierung an ihrem provozierenden Aufrüstungskurs fest.

Der Hunsrück

Die Tatsache, daß die Stationierung der Cruise Missiles unmittelbar bevorsteht, bzw. bereits eingeleitet ist, hat die Notwendigkeit unterstrichen, im Hunsrück zu demonstrieren, wenn es um die Opposition gegen den Aufrüstungskurs und nicht um Wahlkampf gehen sollte. Während eines Vortrages auf der Aktionskonferenz wurde offensichtlich, daß die Stationierung „nur“ ein weiterer Schritt zur Durchmilitarisierung dieser Region darstellt. Viele Arbeitsplätze der einheimischen Bevölkerung sind von der militärischen Infrastruktur direkt abhängig. In den meisten Hunsrückdörfern wohnen amerikanische Soldaten. Trotzdem ist die soziale Verankerung der örtlichen Friedensinitiativen beträchtlich. Eine Gegnerschaft gegen die „Stationierung“ in großen Teilen der Bevölkerung ist unübersehbar. Über Jahre hinweg haben ca. ein Dutzend Gruppen die verschiedensten Initiativen entwickelt. Das regionale Organ (Hunsrück-Forum) ist v.a. wegen seines „Kleinkrieges“ mit der örtlichen Staatsanwaltschaft weit über die Grenzen des Hunsrück hinaus bekannt geworden. Das „Hunsrück-Forum“ hatte einen als geheim eingestuften Lageplan der Cruise-Missiles-Stellung veröffentlicht. Doch während die örtlichen Gruppen der Großdemonstration am Raketenzaun nahezu vorbehaltlos zustimmten, herrscht große Skepsis gegenüber Aktionen des zivi-

len Ungehorsams. Die „soziale Verankerung“ soll nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Damit verbunden ist die Angst, eines Tages - wie in Mutlangen - mit Initiativen konfrontiert zu werden, die „Demofreie Zonen“ einfordern wollen. Andererseits besteht gerade in der sozialen Verankerung der Gruppen die Chance, daß mögliche Aktionen des zivilen Ungehorsams und die Großdemonstration keine einmaligen Akte bleiben, sondern eine Dynamik entsteht, die über den kommenden Frühherbst hinausreicht.

Neben den schon mehrmals durchgeführten Frauen-Widerstandscamps gab es bereits mehrere Treffen von FI-Mitgliedern, die an Aktionen des Zivilen Ungehorsams interessiert sind. Der Bundeskongreß Unabhängiger Friedensinitiativen (BUF) veranstaltet am 7./8. März seine Konferenz im Hunsrück. (Anmeldungen: BUF-Büro, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1, Tel. 0421/4985966)

Dort können realistische Aktionsvorschläge entwickelt werden, die auf ein Eingreifen in den Stationierungsprozeß zielen. Voraussetzung ist allerdings, daß sich die an direkten Aktionen Interessierten mit denen zusammenfinden, die noch heute in Wackersdorf und Mutlangen Widerstand praktizieren.

mk

Für alle, die sich für den Widerstand im Hunsrück interessieren, gibt es, neben dem „Hunsrück-Forum“ v.a. zwei Bücher: „Kriegsvorbereitung im Hunsrück“, Berichte und Informationen vom Widerstand, von Sabine Stange, Verlag Klartext, Dez. '85

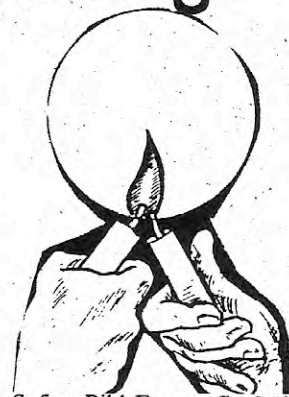
„Frauen Widerstand Im Hunsrück, Frauengeschichten 1983-85“, zu bestellen bei: Ursel Kornfeld, Nassauische Str. 53, 1000 Berlin 31.



Ziviler Ungehorsam im Hunsrück

„Licht in's Dunkel der Aufrüstung“

„Wir sehen heute, daß die Politik seit vielen Jahren die Menschen vereinzeln, entsolidarisieren und wehrlos machen will. Dann sind sie besser zu beherrschen. Dagegen müssen sich die sozialen Bewegungen stellen - die Friedensbewegung, diejenigen, die in Schwandorf gegen die WAA kämpfen, die Frauenbewegung, die Arbeitslosen, die Gewerkschaften. Der gemeinsame Widerstand ist nötig.“ (1)



(mittels Sofort-Bild-Fotografien) über die Aktion und ihren Zweck informiert werden. Ein Flugblatt, auf dem die jeweilige Kriegsführungsfunktion der Militäranlage erläutert wird, wird zur Zeit erstellt. Dieses Flugblatt, der Aktionsaufruf und weitere Informationen sind bei der unten stehenden Kontaktanschrift erhältlich.

Weitere Aktionsplanung/ Aktionskonferenz

Mit dieser Aktion am 24. Mai besteht für die teilnehmenden Aktionsgruppen die Möglichkeit, die Militärregion Hunsrück wie auch die dort lebenden Menschen kennenzulernen und sich selbst dort bekannt zu machen. Aus der Vorbereitung dieser Aktion und ihrer Durchführung mögen Ideen für weitere und weitergehende Aktivitäten entstehen. Diese sollen bei der Aktionskonferenz „Ziviler Ungehorsam im Hunsrück“ am 7. und 8. Juni 1986 (voraussichtlich in Koblenz oder im Hunsrück) abschließend beraten werden.

Dieter Schöffmann,

Kontakt für die Aktion und die Aktionskonferenz:

Koordinationsstelle „Ziviler Ungehorsam“, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen 1, Tel: 0421/498 59 66.

Die Vorbereitung der Aktion und die weitere Mobilisierung kosten Geld, das wir nicht haben.

Wir sind dringend auf Eure Spenden angewiesen!!!

Unser Konto: Postgiro Frankfurt, BLZ 500 100 60, Dieter Schöffmann/Sonderkonto, Kto.Nr.: 5547 36-606, Stichwort „Aktion Licht in's Dunkel“.



Immer wieder müssen soziale Bewegungen wie die Friedensbewegung die schmerzliche Erfahrung machen, daß Argumente und Appelle, massenhaft vorgetragener Protest und große Demonstrationen von den Herrschenden in diesem Land geflissentlich überhört werden. Erst wenn ihnen der Loyalitätsentzug vieler droht, wenn viele dem Protest widerständige Taten folgen lassen, werden sich die herrschenden Aufrüster bequemen, ihre Aufrüstungspolitik zurückzunehmen.

Aktionen des Zivilen Ungehorsams - wie Verweigerung, Blockaden, Besetzungen, Boykott, Veröffentlichung geheim gehaltenen (Auf-)Rüstungsinformationen u.a.m. - sind der praktische Ausdruck eines solchen - notwendigen - Loyalitätsentzugs. Sie sind kein Ersatz für massenhafte Protestaktionen und Demonstrationen, die es auch in Zukunft geben muß, sondern die zwingend notwendige Eskalationsstufe im Überlebensstreit für Abrüstung und Entmilitarisierung.

So streben auch zahlreiche Gruppen und Menschen in der Friedensbewegung Aktionen Zivilen Ungehorsams im Vorfeld der Großaktion im Hunsrück und darüber hinaus an. Widerstand des Zivilen Ungehorsams wird aber letztendlich nur dann grundlegend Wirkung zeigen, wenn er sozial (z.B. in Berufsgruppen) oder regional (in der Bevölkerung, die in den militarisierten und aufrüsteten Regionen lebt) verankert ist. Aus dieser Einsicht heraus gibt es Überlegungen bezüglich ungehorsamer Aktionen, wie mit bundesweiter Beteiligung bzw. Unterstützung Aktionen stattfinden können, die so vermittelbar sind, daß sie auch (von Teilen) der Bevölkerung über die einzelne Aktion hinaus getragen und fortgesetzt werden können. Es wird derzeit nach Aktionsformen und -konzepten gesucht, die in der Region vorhandene

Widerstandsansätze und -erfahrungen nicht erdrücken, sondern im Gegenteil fördern.

„Licht in's Dunkel der Aufrüstung“

Aus diesen Überlegungen heraus wurde in den vergangenen Wochen die Aktion „Licht in's Dunkel der Aufrüstung“ entwickelt. Sie soll am Samstag, dem 24. Mai 1986, - einem der bundesweiten Aktionstage der Friedensbewegung - stattfinden.

Aktionsgruppen, die sich am Aufbau und der Weiterentwicklung der Aktionen Zivilen Ungehorsams auch im Hunsrück beteiligen wollen (und natürlich nicht nur sie), sind aufgerufen, an diesem Tag mit Farbe, Pinsel und viel Fantasie in den Hunsrück zu kommen, um auf den Straßen vor den zahlreichen Militäranlagen zu schreiben und zu malen, daß diese Straßen durch diese Anlagen zum Krieg führen.

Die Militarisierung und Aufrüstung im Hunsrück soll so für alle, die sich durch diese Region bewegen, deutlich gemacht werden. Die Militäranlagen sollen als Einrichtungen für den Krieg gebrandmarkt werden.

Für die Aktion „Licht in's Dunkel der Aufrüstung“ steht bisher folgender Rahmen fest: Für die einzelnen Militäranlagen gibt es jeweils verantwortliche Aktionsgruppen (Anschriften bei Kontaktanschrift zu erfragen), die sich jeweils eigenständig um Farbe, Pinsel, Text- und Bildvorlagen für die Straßenmalerei und ihre Absicherung (bzgl. des Straßenverkehrs) kümmern.

Die Malaktionen an den Zäunen und auf den Straßen vor den Militäranlagen sollen am 24. Mai um 11.00 Uhr beginnen. Um 15.00 Uhr werden alle vor der Cruise-Missiles-Basis bei Hasselbach zusammenkommen, um dort gemeinsam zum Abschluß die gesamte Strecke vor dem Gelände mit Anti-Kriegs-Gemälden und Texten zu gestalten.

Parallel zu den Malaktionen soll in einigen Orten der Region mit Infotafeln laufend

Böses ahnen läßt) und den Nachteil, daß der Haupteffekt im Verschleiern und Vernebeln bestehen wird. Das Aufrichtige-Empörungs-und-Koalitionsbruch-Theater in Hessen wird jedoch einen Großteil ihrer linken Wähler termingerecht wieder versöhnen (statt spalten). Die Aktion, auf der der Schwerpunkt grüner Politik liegen wird, ist die Besetzung. Aber natürlich nicht die Haus- oder die Platzbesetzung, sondern die Begriffsbesetzung. Neben dem alten Streit darum, wem die Wörter „Natur“ und „Ökologie“ gehören, sind die Begriffe „Sicherheit“ und „Zukunft“ stark umkämpft. Wir wünschen viel Erfolg.

Das noch weniger bürgerliche Spektrum

„Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust.“ Nur zwei. Da sieht man mal wieder, daß Faust kein Linker ist.

Einerseits wird die Hetzkampagne der CDUCSU bei allen Linken links von der SPD eine Lagermentalität erzeugen, die ebenso unausweichlich wie ungünstig für politische Kultur in diesem Spektrum ist. Andererseits wäre es für die Linken in den und für die Links links von den Grünen wichtig, mal den einen oder anderen Strich unter die Summe grüner Politik zu ziehen. Einerseits müßte man die Grünen wegen der Distanzierungskiste scharf angreifen. Andererseits: schärfer als Geißler oder weniger scharf? Objektiv gesehen müßte man sich mit der Wahl beschäftigen. Aber subjektiv gesehen ist da ja „irgendwie“ schon ein Sicheinlassen darauf. Außerdem müßte die Bewegungslinke sich mal ordentlich um die Becquerel-Bewegung kümmern. Andererseits ist es nicht schön, hinter einen einmal erreichten Radikalitätsgrad zurückzugehen. Eigentlich müßte die Friedensdemo

im Hunsrück groß und stark werden. Aber wer hat schon Lust, da hinzugehen? Kompliziert? Nochmal dasselbe mit Spektren:

Die Autonomen werden im Herbst mediengerechte militärische Auseinandersetzungen mit der Polizei suchen müssen. Und da diese auch sucht, werden sie sich finden. Zu einer bündnispolitischen Offensive sind die Autonomen traditionell nicht in der Lage. Sie werden statt dessen weiter ängstlich am Rockzipfel der Oberpfälzerin hängen. Doch die Zwillen aus der Hand und die Flugblätter in die Hand zu nehmen, wäre für sie die einzige Chance, ihre gegenwärtige Stärkeposition halten zu können. Die anderen Linksradikalen in der Anti-AKW-Bewegung betätigen sich derzeit fast nur als rationales und gemäßigteres Anhängsel der Autonomen - ohne eigene Strategie. Sie haben bei ihrem Frankfurter Treffen und bei der Atommüllkonferenz ein Konzept zum Zusammenschluß mit der Becquerel-Bewegung nicht gehabt. Was auch nicht zu erwarten war. Aber nicht mal Voraussetzungen für eine solche Politikrichtung wurden ernsthaft diskutiert. In ihrer Not bleibt nur die Hanau-Demo. Dort soll - richtigerweise - auf die Radikalität des Inhalts anstatt auf die der Aktion gesetzt werden. Hanau wird damit zur zentralen Angelegenheit für alle Linken diesseits der Autonomen und vielleicht zu einer Chance für diese selbst - nicht weil da ein Schritt nach vorn wahrscheinlich ist, sondern weil beide zu mehr nicht in der Lage sind, als ihre eigene Linksradikalität zu reproduzieren.

Die Friedensbewegung wird derweil im Hunsrück für das Überleben kämpfen. Diesmal aber nicht für das der Menschheit, sondern für das der Friedensbewegung. Unter 50.000 und diese Bewegung ist abgehakt. Da müssen wir denn also auch hin.

Der zivile Ungehorsam wird in absehbarer Zeit nicht zu einem aggressiv-offensiven Kompromiß zwischen Radikalität und Realismus gemacht werden können¹ und statt dessen weiter von der Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ managed. Damit zusammenhängend wird die Organisierung derjenigen, die links von den Grünen, (auch) jenseits der unmittelbaren Bewegungsbetroffenheit und diesseits der Autonomen Politik machen wollen, erst möglich sein, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind: die Bundestagswahl ist vorbei. Das Datum 15. Januar hat zwar sachlich für uns keine allzugroße Relevanz, ist aber ein mentaler Magnet. Die Anti-AKW-Bewegung muß erst sichtbar gescheitert sein und dadurch eine allgemeinere (Selbst-)Kritik an Bewegungspolitik auslösen. Die Grünen müssen nur so weitermachen. Aber ich gehe über meinen Prognosezeitraum schon ein wenig hinaus.

Die Pflicht ist klar: Hunsrück, Hanau. Gekürzt wird nicht. Zu einer Wahleinmischung ist die Bewegungslinke nicht in der Lage, weil ideologisch verbohrt. So wird sie halt bloß Opfer der Scheinpolitisierung des Wahlkampfes werden. Ach ja: Wackersdorf geht natürlich weiter - zunächst mal demonstrieren zur bayerischen Landtagswahl. Aber nicht auf die Wahlen orientiert möchte man das tun. Und das soll funktionieren, indem keine Parteienvertreter als Kundgebungsteilnehmer auftreten. Na, dann kann ja nichts passieren...

So läßt uns denn den Widerstand reproduzieren. Zur Belohnung gibt's dann auch im Februar einen Skiurlaub.

Bernd Ulrich

Anmerkung:

¹ siehe den Artikel von B. Ulrich und G. Laske, in: Atom, Juli/August 1986 und Ziviler Ungehorsam 6/86

Kommentar

zur Nicht-Blockade im Hunsrück

Wie ernst nimmt sich die Hunsrücker Friedensbewegung eigentlich noch selbst? Die Blockade der B-Battery, dem Stationierungsort für die 96 Cruise Missiles, wird mit dem Hinweis abgelehnt, die Blockade sei möglicherweise eine Provokation. Zimmermann („gewaltfreier Widerstand ist Gewalt“) läßt grüßen!

Die Großdemo am 11. Oktober „gut überbringen“ heißt mittlerweile, dem Ziel, nicht mehr der Todesmaschinerie Militär, konkreten Widerstand entgegenzusetzen. Die Hunsrücker Friedensbewegung als Vorzeigebewegung von SPD und Kirche: aprilfrisch, wachweich - ganz wie sie unseren Gegnern ins Konzept paßt!

Dabei waren wir so um 1981 einmal angetreten, den Stationierungsort Hasselbach bundesweit bekanntzumachen und für Unterstützung unseres

Widerstandes von außerhalb zu werben. Sogar verhindern wollten wir damals noch die Stationierung der Cruise Missiles. Heute sieht das ganz anders aus. Die Bauarbeiten in Hasselbach sind fast abgeschlossen, und unser Engagement reicht nicht einmal mehr dazu, die mittlerweile auf Hochtouren laufenden Kriegsvorbereitungen im Hunsrück auch nur ein wenig zu behindern.

Wir lügen uns doch in die eigene Tasche, wenn wir meinen, damit die Anwendung von staatlicher Gewalt abzuwenden. Als ob dies überhaupt in unserer Macht stünde. Seit Brokdorf und Hamburg müßte doch eigentlich jedem klar sein, daß sich die Polizei notfalls die Gründe für Knüppel- und Gaseinsatz selbst schafft. Und so wird sie, wenn dies in ihrer Planung vorgesehen ist, auch am 11. Oktober Gründe

finden, um die Demonstration aufzumischen, ob blockiert wird oder nicht.

Und überhaupt: Sind wir denn schon so etabliert, daß das wichtigste Kriterium bei der Bewertung von Aktionen die wohlwollende Zustimmung unserer politischen Gegner ist?

Also werden wir im Hunsrück auch weiterhin für den Frieden beten und Kreuze aufstellen und darauf hoffen, daß sich die Militaristen eines Tages davon beeindruckt lassen.

Heinrich Heine fällt mir ein: „Ich habe mich mit dem Kaiser gezankt. Im Traum, im Traum versteht sich - im wachenden Zustand sprechen wir nicht mit Fürsten so widersetzlich.“

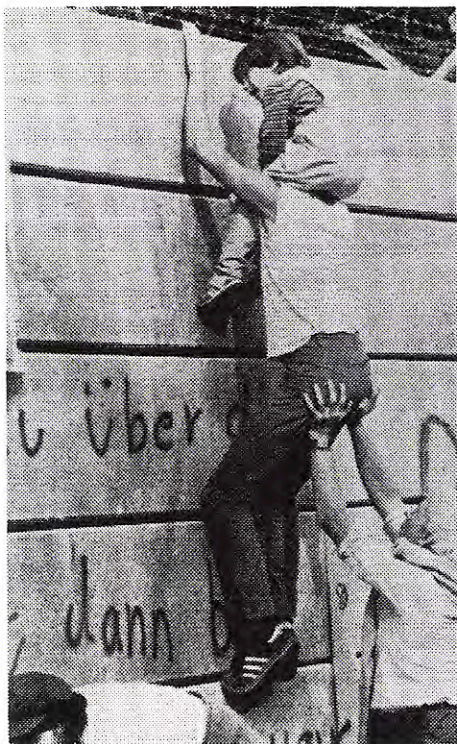
Axel Weirich,

Großdemonstration 11. 10. 1986

Friedlich im Hunsrück

Die größte Demonstration des Friedensherbstes 1986 fand ohne auch nur die geringste Ausschreitung statt. Vorwiegend führt das veröffentlichte Meinung auf das besonnene und verhältnismäßige Konzept der Polizei zurück.

Doch auch die immer zur Stelle gewesenen Ordnertrupps der Veranstalter bekamen ihr Lob ab. Der Nachrichtenwert von Ausschreitungen, die für gewöhnlich eine Demonstration pressemäßig interessant werden lassen, wurde durch die Masse der Teilnehmer - bis zu 200.000 nach Angaben der Veranstalter - aufgewogen. Da bei gewalttätigen Demonstrationen, so nennt man das heute wohl, innerhalb der öffentlichen Meinung das politische Ziel der Demonstration keiner Beachtung gewürdigt wird, die Beachtung des Ziels bei der Hunsrück-Demo ebenso rudimentär (ansatzweise) beleuchtet wurde, entsteht der Eindruck, daß 100 Vermummte offenbarein genau so großen Stellenwert besitzen, wie er 200.000 Friedensbewegten zugebilligt wird. Den größten Klops in der Beziehung erlaubte sich die „Welt am Sonntag“, die die Demonstration von Kernkraftgegnern veranstalten ließ. Die „Frankfurter Rundschau“ berichtete zwar ausführlichst über den Verlauf der Demonstration und über



Schau über die Mauer,
dann bist du schlauer...

Foto: Michael Zoll

das Erstaunen der Veranstalter, daß so viele gekommen sind, erwähnte die Inhalte der Hunsrücker Erklärungen aber nur in einem Satz. Spaltenweise dagegen wurde berichtet, daß die örtlichen Initiativen sich in hervorragender Weise mit der Polizei verständigt hatten. In diesem Punkte übrigens übereinstimmend die „FAZ“ und die „Süddeutsche Zeitung“ und ... Die Polizeischätzungen, die mittags bei 100.000 mindestens, abends jedoch bei 70.000 Teilnehmern landeten, fanden ebenfalls weiten Raum in den Betrachtungen.

Alles in allem war die Demonstration ein reines Faktum ausschließlich durch die Tatsache, daß sie stattgefunden hat. Genau auf dieser Ebene vermutet der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung seine Legimation und seine Daseinsberechtigung. „Jetzt muß in den Wahlkampf eingegriffen werden“, raunt es bereits aus der Ecke Gerd Greune (DFG/VK); vom Auftreten der Massen ebenfalls nicht ganz unbeeindruckt zeigt sich die Bundeskonferenz der Unabhängigen Friedensgruppen. Die einzige politische Aussage, die Erwähnung fand war, daß man sich vom Gipfelgeraune (Reykjavik) nicht einfangen lasse. Diese Einschätzung war genauso einfach wie richtig, zumal weit im Vorwege abzusehen war, daß die USA, kommen sie mit leeren Händen nach Island, auf keine Verträge zur kontrollierten Aufrüstung (Rüstungsbegrenzungsverträge) würden hoffen können. Der Verlauf des Gipfelgesprächs trägt dem Rechnung.

Die Forderung: Weg mit den Cruise Missiles! wurde ebenso laut wie nichtssagend erhoben. Nichtssagend deshalb, weil zum einen keinerlei Analyse der Interessen, die zur Stationierung geführt haben, betrieben wurde, der Interessengegner also vollkommen unklar und anonym blieb, zum anderen, weil der Weg zur Abschaffung, der großsprecherisch selbst in die Hand genommen werden sollte, gar nicht beschrieben wurde. Zivilen Ungehorsam, radikal und materiell behindernd, hatte der KA von vornherein ausgeschlossen. In den Reden wurde die NATO nur von Anita Aschenbrenner erwähnt, die für die Hanau-Demo am 8.11. mobilisierte. Sie redete aber erst am Schluß der Kundgebung, als sich ein Großteil bereits wieder auf dem Weg zu den Bussen befand.

Fazit 1

Die Demonstration hat die politische Landschaft in der BRD nicht beeinflusst. Allenfalls hat sie den KA beeinflusst, sich selbst für basisverankert zu halten.

Fazit 2

In der Region Hunsrück hat die Demonstration, egal wie sie war, die politische Landschaft entscheidend beeinflusst. Noch nie ist die Region so sehr in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt gewesen.



Diese Tauben

Friedenstaubenplage?

Nun ja
ihr Gurren
kann manchmal recht eintönig sein
oder erinnert mich
an etwas von dem ich
schon einmal
die Ohren voll hatte
Und angeblich sind sie nicht frei
von Ungeziefer

Fragt sich nur:
Welcher Vogel
kommt sonst geflogen?
Der kahlköpfige Adler
oder vielleicht
der alte Pleitegeier
und seine Jungen
oder gar kein Vogel mehr
sondern irgendeine Rakete?
Nein
da sind mir
doch diese Tauben
noch lieber

Erich Fried

(aus: Erich Fried, 'Das Nahe suchen',
Verlag Wagenbach)

Fazit 3

Die von vornherein laue Planung und geringe Verankerung im Spektrum der Unabhängigen hat in Verbindung mit der Absage an den Zivilen Ungehorsam dazu geführt, das aus diesem Spektrum kaum jemand anwesend war. Entsprechend wenig Beachtung fanden dann auch die politischen Essentials der Unabhängigen: NATO, Airland Battle, Aufrüstung, Absage an die Parteien der kontrollierten Aufrüstung ...

Fazit 4

Trotz ihrer Größe war es die unpolitischste Demonstration der Friedensbewegung in ihre gesamten Geschichte. Gleichwohl ich das äußerst bedauere, kommt es einer Bankrotterklärung der ursprünglich politisch wirkenden Friedensbewegung gleich.

Helmut Reder

Ungehorsame

Sechs Wochen nach der Demo der 180.000 haben 180 Aktivisten/innen mit Billigung und Beteiligung von Hunsrückern nun das Wirklichkeit werden lassen, was sich viele aus dem unabhängigen und linken Spektrum der Friedensbewegung schon vor oder im Zusammenhang mit der Großdemo gewünscht hätten: Ungehorsame Aktionen gegen Militäreinrichtungen im Hunsrück.

Zum dritten Jahrestag des Stationierungsbeschlusses durch den Bundestag, am 20. und 21. wurden alle vier Zufahrten zum Cruises Missiles Stationierungsgeländes in Hasselbach blockiert. Um die Bewertung vorwegzunehmen: Sowohl vom unmittelbaren Ziel der Aktion (Be- und Verhinderung der Bauarbeiten) als auch im Blick auf die notwendige Radikalisierung des Widerstandes und die Akzeptanz für solche deutlichen Aktionen bei den Hunsrückern waren die Blockaden ein deutlicher Schritt voran.

Die Vorgeschichte

Daß die die Freude nicht ganz ungeteilt ist und es trotz dieser insgesamt positiven Erfolgsbilanz auch Anlaß zur Kritik gibt, hat seine Grund in der Vorgeschichte zu dieser Aktion. Nachdem sich der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung (KA) im August im Zuge der staatlich verordneten Distanzierungsrituale auf starkes Betreiben insbesondere der KA-Vertreter von Pax-Christi und ADGF hin von jeglichen Aktionen zivilen Ungehorsams in zeitlicher Nähe zur Demo mit ebenso fraglichen wie (leider) mehrheitsfähigen Argumenten verabschiedet hatte, (und damit gegen den ausdrücklichen Beschluß des KAs vom Februar handelte) drängte die Initiative Kirche von Unten (IKvU) unmittelbar nach der Demo auf die Einlösung eines im gleichen Zusammenhang gefaßten Beschlusses, solche Aktionen für unmittelbar nach der Demo ins Auge zu fassen.

Wegen der grundsätzlich zu begrüßenden Radikalisierung der Aktionsform gegen die CM-Stationierung im Hunsrück entschieden sich eine Gruppe von Frauen aus dem Frauenwiderstandscamp und dem FöGA-Camp sowie der BUF mit je eigenen Aufrufen zu mobilisieren, trotz einer ganzen Reihe von Bedenken: Nach der Großdemo hätte der Impuls und die Perspektive für die Weiterentwicklung des Widerstandes aus den örtlichen Friedensinitiativen kommen müssen. Diese hatten aber wegen der starken Inanspruchnahme durch Vor- und Nachbereitung des 11. Oktobers noch gar nicht recht die Zeit gefunden, sich über das weitere Vorgehen zu verständigen. Voraussetzung für einen kontinuierlich und konzeptionell angelegten Widerstand ist aber gerade seine Verankerung in der Region, da die Menschen in der Region ihn maßgeblich

werden tragen müssen. So war die Blockade zunächst nicht mehr als eine isolierte Einzelaktion, die vor der Demo selbstverständlich eine ganz andere Qualität gehabt hätte als nach diesem Zeitpunkt, wo weit-sichtiges Handeln angesagt wäre.

Ein buntes Gemisch von Blockierern

Auffällig waren die recht unterschiedlichen Charaktere der Blockaden vor den einzelnen Toren, Ausdruck für die unterschiedlichen Spektren, die sich zur Blockade eingefunden hatten: Da gab es die beeindruckende Ruhe - fast möchte ich sagen, Disziplin - friedensliedsingender Christen, ebenso wie die recht entschlossene Art von sich ständig neu aufbauender Blockade unabhängiger Gruppen am nächsten Tor, die noch in der Nacht des ersten Blockadetages das zweifelhafte Vergnügen hatten, das zur Benutzung ausgewählte Tor erwischt zu haben, während sich an allen anderen Tor noch nichts tat. Da die Polizeikräfte offensichtlich durch den frühen Beginn der Blockade an allen Toren überrascht waren, wurde hier das wiederum propagandistisch angekündigte Motto der Polizei „Gewaltfrei im Hunsrück“ von ihr nicht besonders ernst genommen: Die ständigen, unangekündigten Räumungen endeten stets am Straßenrand, und trotz der sich im Laufe der anderthalb Stunden beträchtlich steigenden Ruppigkeit der Staatsmachtvertreter war den meisten wohl bisweilen unsanfte Landungen im Matsch oder an der Mauer lieber als ein weiterer Nötigungsprozeß mit seinen unschönen finanziellen Folgen. Übrigens hatte die Polizei rasch Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsge-

Hunsrück
Aktionen



richts zum Nötigungsparagrafen gezogen, das die Prüfung der „Verwerflichkeit“ jetzt in jedem Einzelfall verlangt: Sie „nötigte“ kurzerhand die Fahrer der blockierten Fahrzeuge zum Unterschreiben hektographierter Blätter, die den individuell erfahrenen „Gewaltakt“ durch die Blockierer aktenkundig zu machen halfen. Dies allerdings erst zu dem Zeitpunkt, als die Polizei im Zuge des fotografenersehnten Morgenrauens ihre angekündigte „Transparenz“ wahr machte: Musterhaft wurde drei Mal zur Freigabe der Straße aufgefordert, danach „Abgreifung“ und Personalienfeststellung, bei zweimaliger Abräumung Festnahme bis zum Abend.

Frauenblockade Unberechenbares Geschehen

Diese Taktik wurde als erstes am Frauenor angewandt, an dem es dem Aufruf nach am spannendsten zu werden verhielt: *Blockieren ist gut und schön, aber wir wollen nicht auf der Isomatte sitzen ..., das ist nix für Hexen. Wir wollen tanzen, singen, mit Masken spielen, Feuer machen, hexen, mit Besen über die Mauer fliegen, durch ein buntes Treiben vor dem Tor den Baustellenverkehr lahmlegen.* Keine leeren Worte, auch wenn das Hexen dem (männlichen) Berichtstatter verborgen blieb und die Besen im Eifer des Gefechts vergessen wurden, so war es doch ein ziemlich unberechenbares Geschehen, das dem trainierten Ritual der sitzend abzugreifenden Friedensfrauen so gar nicht entsprach.

Aber nicht nur die Staatsmacht war irritiert: Offensichtlich hatte so mancher Mann Schwierigkeiten, das autonome Handeln der Frauen zu akzeptieren. In zum Teil bemerkenswerter Penetranz wurden sie nicht müde, den Frauen männliche Hilfe anzudienen, die doch recht offensichtlich dem Wunsch, auch mitspielen zu dürfen denn irgendwelcher faktischer Notwendigkeiten entsprang. Die Frauen schafften's nämlich recht gut alleine.

Peter Wattler
(GWG Köln)